

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergaden 5/1.

Samstag,
1. Mai 1920

Anzeigen, die nur in bechränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

18.
folgt

Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.

Noch immer zittert die Revolution in Deutschland fort. Von links und rechts versucht man die organische Entwicklung, die allein unseres Volkes Zukunft verbürgt, zu durchbrechen. Klassenhaß zerreißt die Volksgemeinschaft. Ruhe, Ordnung und Arbeitsinn können nicht zu ihrem Rechte gelangen, die Wirtschaft droht im Elend zu versinken und ehrliche Arbeit gedeiht nicht mehr. Am Ende dieser Volkszerrüttung steht Bolschewismus und roter Terror. Das ist das Ergebnis der Politik, die mit der Vernichtung der Staatsautorität durch die Novemberrevolution begann und aus der die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Ordnung und zum Aufstieg nicht gefunden haben.

Nun ruft der Wahltag das deutsche Volk zur Schicksalsentscheidung auf. Neue Wege müssen beschritten werden, wenn wir zur Gebildung kommen wollen. Nicht die Diktatur oder Vormundschaft einzelner Klassen, noch die formale Demokratie parlamentarischer Parteiherrschaft kann Reichsfriede und Einheit werden oder uns auch nur aus dem Elend der Gegenwart befreien. Wir verlangen, daß Lebenserfahrung und sachliche Tüchtigkeit die politische Arbeit ergänzen und fördern daher die Kammer der Arbeit, nicht nur als vorberatendes und beratendes Organ, sondern als berufstätigste Ergänzung des politischen Parlaments. Wir bekämpfen die parteipolitische Zersplitterung des Beamtentums und wollen unser altes pflichtbewußtes, sachliches, unparteiisches und unbeflecktes Beamtentum erhalten wissen. Nicht Diktatur,

sondern Sachminister für die Leitung, jeder Tüchtige, nicht nur der Gesinnungstüchtige soll vorwärts kommen. Auswärtige Politik und Wehrmacht, Rechtspflege und Wirtschaft sollen von Parteipolitik befreit werden. Alle aufbauenden Kräfte in unserem Volksleben ohne Unterschied der Partei und des Standes sollen sich zusammenfinden zu der Aufgabe, die über allem steht, dem

Wiederaufbau unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft.

Den Wiederaufbau machen die Deutschland aufgezwungenen unertüchtlichen Lasten unmöglich. Daher: Revision des Friedens von Versailles. Deutschlands Zusammenbruch ist der Zusammenbruch Europas, deutsche Anarchie bedeutet europäische Anarchie. Sachkundige Leitung auswärtiger Politik und deutscher Wirtschaft muß unter Wahrung nationaler Würde die Revision des Friedens erwirken.

Den Wiederaufbau zerstört, wer Klassenherrschaft errichten will. Wir wollen als liberale Bürger- und Arbeiterpartei Versöhnung, nicht Verheerung der Stände.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in der Arbeitsgemeinschaft zusammenwirken, die Arbeitsgemeinschaft muß zur Volksgemeinschaft werden. Wer zum Generalstreik ruft erschüttert die Grundlagen des Staates und der Wirtschaft.

Der Wiederaufbau ist nur möglich, wenn persönliche Leitung und Ver-

antwortung im Wirtschaftsleben erhalten bleibt. Daher keine schematische, staatliche oder kommunale Sozialisierung. Kein freies Spiel der Kräfte, aber nur selbstverwaltende, nicht staatlich-bürokratische Organisation. Schutz dem auch unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen unentbehrlichen Mittelstand, der mehr als je für uns nötigen Landwirtschaft und jeder ehrlichen Arbeit, rücksichtsloser Kampf gegen Wucher und Schiebertum.

Der Wiederaufbau kann nur gelingen, wenn das Reich uns bleibt. Daher: Für den Reichsgedanken, für die ungeschmälerte Einheit des Reiches gegen alle partikularistischen Absonderungsbestrebungen. Die Liebe zum Reich wurde erschüttert, weil staatliche Autorität und Macht untergraben werden konnten. Ihre Wiederaufrichtung ist dringendstes Gebot.

Der Wiederaufbau kann nur getragen sein von sittlichen Kräften. Zu erwecken sind sie nur durch eine von religiösem und vaterländischem Geist erfüllte Volkserziehung. Zurück zu den alten Idealen der Autorität, Ordnung, des Adels der Arbeit, der Sittlichkeit, Pflichttreue und wahrer deutscher Freiheit, Kampf gegen alles zersetzende Wesen und alle Zügellosigkeit.

In der Arbeit für diesen Wiederaufbau wollen wir mit allen zusammenwirken, die guten Willens sind. Nicht Parteiherrschaft, sondern Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte im deutschen Vaterlande ist unser Ziel.

Die Parteien der Regierungskoalition haben versagt!

Wer mit uns für:
die Autorität des Staates und die Einheit des Reiches,
die Befreiung der Wehrmacht, der auswärtigen Politik und des Wirtschaftslebens von reiner Parteipolitik,
die Aufhebung des Schandfriedens von Versailles,
den Abbau der Zwangswirtschaft und Auflösung der Kriegsgesellschaften,
die Stärkung des Nationalgefühls und Versöhnung der Klassen,
die Hebung der sittlichen und religiösen Kräfte in unserem Volk,
und gegen:

Parteiherrschaft und Klassendiktatur,
Zwangswirtschaft und Schiebertum,

Zersplitterung und Gesinnungsschwäche,
Volkerverheerung und Klassenhaß
kämpfen will,

wer unzufrieden ist mit den Ergebnissen der Politik der bisherigen Regierungsparteien, der trete von links und rechts her ein in die Reihen der Partei des Wiederaufbaues, der Deutschen Volkspartei. Für sie helfe er werben in diesen Schlüsselmomenten, auf daß möglichst viele Stimmen bei der Wahl fallen auf die Liste der großen Mittelpartei der Zukunft, der

Deutschen Volkspartei.

Anmeldungen nimmt entgegen:

Die Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei für das Siegerland und die Kreise Wittgenstein und Altkreis Siegen, Brüderweg 1.

Inhalt der Nummer:

Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.
Beamtenbesoldung und Partei.
Dr. Blund als Reichsjustizminister.
Unlautere Kampfweise.
Frankfurter Zustände.
Aus den Schredenstagen im Ruhrgebiet.
Die Politik der Woche.
Aus Welt und Zeit.
Aus der Partei.
Zur Ausbehnung der Zwangsversicherung. (Erwiderung.)

Beamtenbesoldung und Partei.

Von Bergmann Winnefeld, Mitglied der Nationalversammlung.

Seit dem Jahre 1918 ist Deutschland nicht zur Ruhe gekommen. Neben dem politischen Zerfall hat der wirtschaftliche nicht nur Schritt gehalten, sondern hat den politischen weit überholt.

Beim Ausbruch der Revolution stand unsere Mark auf zwei Drittel des Wertes. Durch die ewigen Unruhen und geradezu wahnwitzigen Streiks, und die verfehlten Maßnahmen der Regierung ist unsere Mark auf einen Tiefstand gebracht, der jedes wirtschaftliche Leben erstickt und jeden Handel mit dem Auslande unmöglich gemacht hat.

Es liegt klar auf der Hand, daß in einer solchen wirtschaftlichen Notlage alle interessierten Kreise das Bestreben haben, sich wirtschaftlich durchzuringen. Der deutschen Arbeiterschaft ist dieses verhältnismäßig leichter möglich gewesen als den Beamten. Man braucht hier nur auf die großen Anstrengungen hinzuweisen, die nötig waren, um die letzte Teuerungszulage in der bewilligten Höhe durchzusetzen.

Nun ist endlich die Besoldungsvorlage im Parlament erschienen und harret ihrer Erledigung. Die Beamenschaft erwartet, daß ihre berechtigten Ansprüche befriedigt werden.

Bei dem jetzigen Gesicht der Vorlage kann aber bei den unteren und mittleren Beamten von einer Befriedigung durchaus keine Rede sein. Im allgemeinen fordern sie, daß die Einteilung der Gehaltsklassen nach sozialen Gesichtspunkten erfolgt, eine Forderung, die man bei objektiver Beurteilung nicht von der Hand weisen kann.

Die Ausgestaltung des Gehaltsfahes muß so erfolgen, daß er eine Belastung, von der sozialen Seite gesehen, ertragen kann. Die Differenz zwischen Stadt und Land darf nicht allzusehr in den Vordergrund treten. Bei der Bemessung des Wohnungsgeldes muß unter allen Umständen darauf gesehen werden, daß in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten einheitliche Sätze festgelegt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß von Fall zu Fall die wirklichen Mietsätze eine kleine Differenz aufweisen, die den Entschädigten zugute kommt. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist im letzten Jahre über diesen Mißstand lebhaft Klage geführt und die Beseitigung desselben dringend gewünscht worden.

Der neue Staat muß den Versuch machen, seine Beamten anständig zu besolden, vor allem muß darauf gesehen werden, daß jeder nach seiner Leistung bezahlt wird. Jeder muß die Früchte seiner Arbeit selbst genießen. Unter den Post- und Telegraphenbeamten herrscht eine lebhafteste Bewegung; sie wünschen aus Klasse 3 in Klasse 4 aufzurücken; sie begründen ihr Verlangen mit dem Hinweis auf ihre Leistungen und ihre Vorbildung.

Wie denkt nun ein Teil der Beamenschaft über diese Angelegenheit?

Am 9. März hatte ich den Auftrag, an einer Versammlung im Kriegervereinshaus in Berlin teilzunehmen. Der Referent, ein Herr A., faßte in seinem Vortrage in bezug auf die Beamten, sie hätten das Bestreben, über den Mannern zu stehen. Ihr Verlangen, in Klasse 3 der Besoldungsreform aufgenommen zu werden, sei un-

gerecht; sie ständen in Klasse 4 hoch genug. Ein sonderbarer Standpunkt. Herr A., der doch zweifellos den Linksparteien angehört, nimmt für sich in Anspruch, den Frauen die Gleichberechtigung gebracht zu haben, und bekämpft diese, wenn sie ihre Rechte geltend machen.

Als ich am Schluß diese Versammlung verließ, wurde mir ein Flugblatt ausgehändigt mit der Überschrift: „Die Beamten im Parteikampf“. In diesem Flugblatt wird den Rechtsparteien der Vorwurf gemacht, daß sie die Beamten früher geneigt hätten und nicht das geringste für ihre Besserstellung getan hätten.

Wie steht es nun heute mit den Beamtenrechten und ihrer Vertretung?

Ich fahre am 26. März, abends 12 Uhr von Gelsenkirchen im D-Zug 10 von Köln nach Berlin. Da der Zug schwach besetzt ist, sitze ich allein im Abteil.

Nach kurzer Zeit erscheint der Schaffner zur Revision der Fahrkarten. Er bittet seinerseits um eine Unterredung mit mir und stellt mir folgende Frage:

Hatten Sie es für richtig, wenn es Parteilern gibt, die sich von den Beamten bezahlen lassen, wenn sie ihre Rechte bei der Besoldungsordnung vertreten sollen? Ich verneine diese Frage und fordere stichhaltiges Material, vor allem seinen Namen. Aber ich bin nicht in der Lage, den Mann zu bewegen, seinen Namen zu nennen, offenbar, um sich keinen Schwierigkeiten auszusetzen. Aber trotzdem macht er mir folgende Angaben:

Ich fahre diesen Zug regelmäßig und wohne in Schöneberg, und die Beamten, die ich meine, sind die Lokomotivführer. Diese haben von ihrer Organisation 50 000 Mark zahlen müssen, um zu erreichen, in der Besoldungsordnung eine Klasse höher zu kommen. Die Schaffner hätten denselben Wunsch bei dieser Partei eingebracht, und es seien 40 000 Mark verlangt worden, was die zukünftige Organisation abgelehnt habe.

Wenn diese Angaben den Tatsachen entsprechen sollten, dann ist dieses die Bankrott-erklärung des parlamentarischen Systems im allgemeinen. Aber eins steht fest, daß die D. V. P. zu solchen Taten nicht fähig ist.

Dr. Blund als Reichsjustizminister.

Neber das erste Auftreten des neuen Reichsjustizministers Blund schreibt die „Natlib. Korr.“:

Wenn jemand Grund hätte, mit dem ersten, größeren Auftreten des Herrn Dr. Blund als Reichsjustizminister zufrieden zu sein, so wäre es die Deutsche Volkspartei. Denn als Herr Blund am Dienstag in später Abendstunde der Ständehalle seines Auftretens ein Ende machte und sich wieder auf den Ministerstuhl setzte, hatte er sich und damit seine Partei und die gesamte Regierung bis auf die Knochen blamiert. Abg. Dr. Most fand keinen Widerspruch, als er unter dem unmittelbaren Eindruck der Blundschen Rede feststellte, daß mit dieser Leistung zweifellos das tiefste Niveau aller bislang gehaltenen Ministerreden erreicht worden sei. So völlig war allerdings bisher noch kein Regierungsvertreter von seinem erhöhten Sitz in die Tiefe parteipolitischer Versumpfung hinabreglitten, wie diese neue Leuchte im Kabinett des Herrn Müller. Er hat damit sich und der Regierung selbst den Platz angewiesen, auf dem offenbar das Kabinett Müller als modernste deutsche Regierungsform zu stehen wünscht. Und dieser Nachweis ist immerhin ein Verdienst. Die „Korrespondenz“ schildert dann, wie Blund sich durch Weglassung eines wesentlichen Satzes aus der Erklärung der Deutschen Volkspartei über den Kampfwort als ein Parteipolitiker allergeringsten Kalibers entpuppt hat und fährt dann fort: Wie schon gesagt, könnte die Deutsche Volkspartei mit den unsehlbaren Wir- kungen dieser neuesten Ministerleistung vom Parteistandpunkt aus völlig zufrieden sein. Aber viel-

höher steht uns doch die Sache Deutschlands, und sie muß unendlich leiden, wenn man das Amt eines Ministers, und gar noch das des Reichsjustizministers, auf eine solche, bisher für unmöglich gehaltene Tiefe hinabdrückt. Wenn ein Mann wie Herr Dr. Blund, für die Pflege der Reichsjustiz verantwortlich ist, dann muß die Unparteilichkeit trauernd ihr Haupt verhängen. In der Tat hat dann auch Herr Blund in seiner Rede schon bewiesen, daß er nichts weiter sein will, als das ausführende Organ der Demokraten und Sozialdemokraten. Auf der rechten Seite ist der Verfassungsbruch Hochverrat, für die linke Seite aber konstruiert Herr Dr. Blund den Tatbestand der „Staatsnotwehr“, die gleichbedeutend ist mit dem moralischen Staatsbankrott, wenn sie sich in ungesetzliche Formen kleidet. Abg. Dr. Most hat der Regierung die dringende Frage vorgelegt, ob sie linker und rechter Hand mit dem gleichen Maße messen will. Geht es nach dem Willen und der Ansicht des Herrn Blund, dann ist die Frage bereits zu Ungunsten unparteilicher Rechtspflege beantwortet. Greift aber eine derartige zügellose Parteipolitik in unseren wichtigsten Reichsämtern Platz, dann sind wir damit am Ende gelangt. Als Parteipolitiker kann uns Herr Dr. Blund gleichgültig, ja sogar willkommen sein, als Reichsjustizminister aber ist er eine ernste Gefahr.

Unlautere Kampfweise.

Durch einen Teil der Blätter ging nachfolgende Meldung, die das Berliner Wolff-Bureau verbreitete:

Unter der Überschrift „Berlins Ausverkauf“ meldet die „Wolffsche Zeitung“, daß die Villa, welche Staatsminister Helfferich in der Hühnerstraße bewohnte, an einen holländischen Margarinefabrikanten verkauft worden sei. Diese Meldung war noch einigermaßen vorsichtig abgefaßt. Denn in ihr wird nicht gesagt, daß Helfferich Besitzer der Villa gewesen sei, sondern nur, daß er sie bewohnt habe. Immerhin konnte beim flüchtigen Zeitungsleser leicht der Eindruck erweckt werden, daß eben Helfferich Eigentümer gewesen sei. Man sieht nicht ein, warum das Wolff-Bureau nicht die ganze Meldung der „W. Z.“ wiedergab, die den Namen des Eigentümers (nicht Helfferich) enthielt. Tatsächlich ist aber die Meldung auch in der Form verbreitet worden, daß Helfferich seine Villa an einen Ausländer verkauft habe. So meldete die „Freiheit“ triumphierend: „Die Geschäfte des Herrn Helfferich. Herr Helfferich, der deutschnationale Kämpfer für Wahrheit und Sittlichkeit, will ansehend aus dem Erzberger-Prozeß nachträglich ein kleines Geschäftchen (!) machen. Jedenfalls sammeln seine Anhänger eifrig für den Armen, der selbstlos für die Hebung der politischen Moral gestritten hat, damit er seine Geldstrafe bezahlen kann. Leider muß Helfferich mit der Möglichkeit einer Beschlagnahme der gesammelten Gelder rechnen, da derartige Sammlungen gesetzwidrig sind.“ Deshalb hat er, wie eine Korrespondenz aus Berlin für alle Fälle seine Villa im Tiergarten wieder an einen holländischen Margarinefabrikanten verkauft. Beim Tiefstand der deutschen Valuta jedenfalls auch ein Geschäft, an dem sich mehr verdienen läßt, als an den so unsittlichen Schiebungungen seines politischen Gegners.“ Nicht minder geschmackvoll äußert sich der „Vorwärts“, dem Helfferichs hannoversche Rede ordentlich in die Knochen gefahren ist, gelegentlich der Besprechung dieser Rede, wie folgt: „Natürlich redet Helfferich auch über den Valutajammer, über den er keine Worte verlieren will. Er hätte doch in diesem Zusammenhang schon ein paar Worte über einen Berliner Millionär leisten können, der seine Villa in der Hühnerstraße unter Ausnutzung des niedrigen Valutastandes an einen holländischen Margarinefabrikanten verkauft hat. Kennt Herr Helfferich diesen Mann?“ Nun kann man ja in noch so scharfem Gegensatz zur Politik und Person Helfferichs stehen, wie das für „Freiheit“ und „Vorwärts“ nun einmal der Fall ist, und doch wissen, daß Helfferich für Geschäfte solcher Art denn doch nicht zu haben ist. „Freiheit“ und „Vorwärts“ könnten trotz allem doch gegen Helfferich doch wissen, daß er — kein Erzberger ist. Vor allem aber müßte man

vom politischen Scharfsinn dieser Blätter eigent-
lich erwarten, daß sie sich, wenn sie auch Helfferichs
Anstand nicht glauben wollen, eigentlich doch
sagen müßten: Helfferich ist viel zu klug,
als daß er, der auf solch exponierten Posten im po-
litischen Leben steht, sich auf so lächerlich-dumme
Weise eine Blöße gäbe, die für seine Feinde, ins-
besondere Matthias von Battenhausen — ein ge-
fundenes Fressen wäre. Aber mit dem politischen
Scharfsinn bei „Vorwärts“ und „Freiheit“ hapert
es bekanntlich. Ob die Blätter eine Berichtigung
bringen werden? Zum mindesten die sonder-
bare Berichtigung des Berliner WTB, die
da lautet: WTB Berichtigung: Zu der im
Morgenblätter-Telegramm gebrachten Meldung
über den Verkauf der vom Staatsminister a. D.
Helfferich in der Hühnerstraße bewohnten Villa ist
noch nachzutragen (!), daß der Verkauf
durch die Eigentümerin, eine Frau Schlaabach,
erfolgt ist.“ — Wir wollen's abwarten!

Frankfurter Zustände.

Vor meinem Fenster zieht französische Musik
vorbei, heute wie gestern, wie vorgestern, und
spielt in monotoner Begeisterung die „Regiments-
march“. Immer und immer wieder:

„Wenn ihr mich fragt,

Wie man mich nennt:

Ich bin die Tochter von dritten Regimentsbataillon.“

Frankfurter Plebs, die sich aus allen Schichten
rekrutiert, ist so haltlos töricht, zusammenzulauern,
um das fabelhafte Konzert nur recht aus der Nähe
zu genießen. Bei der belgischen Parade auf dem
Opernplatz herrschte ein lebensgefährliches Ge-
dränge. Im vollsten Stille: lebensgefährlich.
Denn die Soldaten der Besatzungsarmee haben
ihre Augen losgerissen und lieben auch nicht, in
leere Luft zu knallen. Das Betragen eines großen
Teiles der Bevölkerung ist unter diesen Umständen
von einer unbegreiflichen Leichtfertigkeit, die nur
durch die Willkürhaftigkeit übertrieben wird, mit der
man sich zum Publikum der französisch-belgischen
Kriegstheatermagneten hergibt. Von allen besetzten
Städten am Mittelrhein hat sich bis jetzt die Ge-
wohnenheit von Wiesbaden am zurückhaltend-
sten gegen die fremden Eindringlinge verhalten,
aber selbst in Mainz, wo doch noch von Friedens-
zeiten her beträchtlich französische Sympathien nach
waren, zogen sich bei jeder Art militärischer Schau-
stellung der Franzosen die Einheimischen völlig
zurück, obwohl gerade hier mit Fadelzügen, Illu-
minationen, Karollanerritten und Niggermusik
manches wirklich sehenswerte Bild entrollt ward.

Der Platz vor dem Hauptbahnhof ist immer
noch abgeperrt. Ebenso die Seiteneingänge. Die
Posten, kleine Männer mit großem Bajonett,
rennen fleißig in regelmäßigen Abständen auf und
ab und zählen ihre Schritte, vermutlich damit
keiner verloren geht. Die Tanks sind verduftet.
Die Oper ist ein kleines Feldlager. Trotzdem
wird gespielt. Durch die an der Kampe aufge-
bauten Maschinengewehre eilen die Besucher zu
„Parissal“. Gestern war „Wildschütz“ mit Ma-
schinengewehren.

Das beherrschende Gefühl, das außer dem all-
gemeinen der Empörung auf der Stadt lastet, ist
das einer absoluten Rechtlosigkeit. Am trassiesten
ist wohl der Fall der Verurteilung des General-
anzeigers und des Wolffschen Bureaus, beziehungs-
weise ihrer verantwortlichen Redakteure, zu hohen
Geldstrafen, weil sie die allernächtig festgelegte und
unumstößlich richtige Zahl von sechs durch das
französische Maschinengewehr Getöteten ange-
geben und die Namen und Adressen hinzugefügt
hatten. Die Einwände der Beklagten, die von
ihnen vorgebrachten Beweise wurden in der fran-
zösischen Gerichtsverhandlung überhaupt nicht be-
achtet. Schon vor der Verhandlung war ihnen
mitgeteilt worden, daß beide Herren verurteilt
würden. Das Urteil selbst wurde in höchst salopper
Weise ausgesprochen. Nachdem der Vertreter des
Wolffschen Bureaus zu 5000 Mark verurteilt war,
sagte der Vorsitzende zum Vertreter des General-
anzeigers „Et vous aussi“. Damit war die Sache
erledigt.

Da unter solchen Umständen die Presse unmög-
lich ihre Aufgabe einer wahrheitsgetreuen Berich-
terstattung erfüllen kann, richtete der Verein
Frankfurter Journalisten an den französischen Ge-

neral eine Darlegung des Falles und bat um Ab-
stellung der Mißstände. Prompt wurden darauf
hin die beiden Vorstandsmitglieder des Vereins
mit Geldstrafen von je 1000 Mark wegen Ver-
leumdung belegt.

Auch die neuen Passvorschriften werden als
höchst lästig empfunden. Innerhalb weniger Tage
soll sich die gesamte Bevölkerung einer Kleinstadt
mit Ausweisen versehen. Die Photographen, die
Polizei- und Passbureaus sind von früh bis spät
überlaufen. Stundenlanges Warten erregt die
Gemüter. Rücksichtslose Patronen lassen jeden
verspäteten Straßenpassanten nach zehn Uhr
abends und bringen ihn zum Arrestlokal. Dort
müssen die Männer, ohne Rücksicht auf Alter,
Stand usw. Stiefel putzen oder Auto reinigen, die
Frauen Kartoffeln schälen, und zwar die ganze
Nacht hindurch. Wer nach Ansicht der Wacht-
hauptlinge nicht fleißig genug war, wird auch nach
den Vormittag über da behalten.

Sichtlich geht die Politik der französischen Mi-
litärs darauf aus, die Gefühle des Hasses tief ins
Volk zu tragen. Man sah das schon im allen be-
setzten Gebiet. Die anfänglichen (unaufrechten)
Bemühungen, sich die Sympathien der Bevölkerung
zu erringen, hat man längst aufgegeben. Ja, man
fürchtet heute bei den höheren Stellen, bei denen
man sich der eignen Truppen nicht mehr allzu sicher
fühlt, die Folgen guten Einvernehmens zwischen
den Soldaten und der Bevölkerung, speziell der
Arbeiterklasse im Falle von militärischen Aufste-
hungen im eigenen Lager, und sucht beide Teile
gegenseitig aufzuheben. Das ist auch dank der
fortgesetzten Schikanen vollkommen gelungen.
Nirgends ist der Franzosenhass heute deutlicher als
gerade bei der Arbeiterklasse. Und zwar läßt sich
das im ganzen besetzten Gebiet von der Saar und
der Pfalz bis zur deutschen Grenze, von Hessen-
Kassau bis Baden und Württemberg konstatieren.
Bei einer ebenso überflüssigen wie lächerlichen Re-
vision der Not- und Hofentfalten, wie sie gelegent-
lich auf der Eisenbahn beim Verlassen oder Be-
treten des besetzten Gebiets geübt wird, fragte ich
einen mir bekannten französischen Offizier nach dem
Sinn dieser Maßregel. „Tout pour vous
chicaner!“ gab er mir freundlich lächelnd zur An-
wort. Bloß um euch zu schikanieren. Tout pour
vous chicaner, das ist in der Tat die Lösung der
gesamten Besatzungsbehörde, ist zugleich das A und
O der französischen gegen Deutschland gerichteten
Außenpolitik.

Vor kurzem wurde ein Verbot erlassen, das
den Geschäftsleuten bei hoher Strafe untersagte,
Angehörigen der Besatzungsarmee höhere Preise
zu berechnen als den Einheimischen. Des Verbot
würde berechtigt, wenn es sich auf die kleinen Ein-
käufe des täglichen Bedarfs und der Viehhaltung
und Luxusartikel für Offiziere und Mannschaften
beschränkte. Aber unter den Angehörigen der Be-
satzungsarmee befinden sich zahlreiche, sehr tüchtige
Geschäftsleute. Für sie bedeutet jenes Verbot die
höchst willkommene Aufhebung des unbeliebten
Valutazuschlags auf deutsche Waren, für die deutsche
Wollwirtschafft jedoch ein neues Aufreißen des not-
dürftig verstopften Lochs im Westen. Für die in
etwa 8 Tagen zu eröffnende Frankfurter Messe
wird das Verbot wohl dahin führen, daß die Preise
von vornherein so hoch normiert werden, daß es in
keinem Fall zu Schleuderverkäufen kommen kann.
Denn schwerlich wird der Verkäufer bei jedem
ausländischen Käufer erst eine Untersuchung an-
stellen können, ob er nicht etwa zur französisch-
belgischen Besatzung gehört und ihn auf Grund des
Valutazuschlags verhaften lassen kann.

Im übrigen scheint jedoch die Besatzungsbehörde
der Messe keine Schwierigkeiten in den Weg legen
zu wollen und erklärt sich bereit, die Ein- und Aus-
reise der Messgäste in jeder Weise zu erleichtern.
Dies — und die Hoffnung auf baldigen Abzug der
unbetretenen Gäste sind die einzigen Lichtblicke in
der von roher Faust vergewaltigten Stadt fried-
licher Arbeit.

Aus den Schreckenstagen im Ruhrgebiet.

Man schreibt uns:

Wie in der unabhängigen und kommunisti-
schen Presse auch heute noch behauptet wird, soll

es sich bei der Besetzung des Ruhrgebiets durch
die Rotgardisten um einen Kampf der gesamten
Arbeiterklasse gegen reaktionäre Elemente ge-
handelt haben. In Wirklichkeit hat die Arbeiter-
schaft selbst schwere Kämpfe mit den roten Ban-
den bestehen müssen und hat sich schließlich, nur
der Gewalt weichen, an dem von dem Zentrals-
rat proklamierten Generalstreik beteiligen müs-
sen. Dafür sind auch die nachstehenden Mitteil-
ungen über die Ereignisse in den Schrecken-
tagen auf einer Zeche des Dortmunder Reviers
ein deutlicher Beweis:

Als am Dienstag, dem 30. März, der General-
streik verkündet wurde, wollte die Belegschaft sich
nicht daran beteiligen und fuhr über und unter
Tage in beiden Schichten vollzählig an. Im
Laufe des Vormittags wurde der Betriebsführer
über Tage vom Aktionsausschuß telefonisch auf-
gefordert, die Belegschaft herauszuholen und nach
Hause gehen zu lassen, da Generalstreik verkündet
sei. Er weigerte sich, dieser Aufforderung nach-
zukommen. Am Nachmittag erschienen drei Mann
mit Gewehren, während ein Wagen mit Ma-
schinengewehren draußen wartete, bei dem Be-
triebsführer unter Tage und verlangten Spreng-
stoff. Der Betriebsführer verweigerte die Her-
ausgabe, worauf die Leute abzogen, indem sie in
Ausrichtung stellten, sie würden mit stärkerer Macht
wiederkommen und Sprengstoff mit Gewalt
holen. Um die gewalttätige Wegnahme des
Sprengstoffes zu verhindern und ein ruhiges
Weiterarbeiten der Belegschaft zu ermöglichen,
trat am Dienstag Abend die aus Mehr-
heitssozialisten und Angehörigen
der christlichen Gewerkschaft be-
stehende Zechenwehr in Stärke von
6 Mann je Schicht zusammen und ar-
mierte die Zeche mit 2 Maschinen-
gewehren. Am Mittwoch, dem 31. März,
fuhr die Belegschaft wiederum vollzählig an.
Etwa gegen 11 Uhr erschien eine bewaffnete
Schar von 10 Mann und verlangte durch eine
Abordnung von der Betriebsleitung und vom
Betriebsrat, die Belegschaft müsse nach Hause
geschickt werden. Als das wiederum verweigert
wurde, zogen sie sich zurück mit dem Bemerken,
sie würden es der Belegschaft schon
zeigen, daß sie sich am Generalstreik
beteiligen müsse. Zur Ansahrt der Mit-
tagschicht hatte sich wiederum fast die ganze an-
fahrende Belegschaft in der Kaue verlammt, um
sich umzuziehen und einzufahren. Da erschienen
in der Kaue einige nicht näher bekannte Leute
und forderten die Belegschaft auf, nach Hause zu
gehen. Wenn sie einführen, würden sie nicht wie-
der herauskommen. Die Belegschaft fragte den
Betriebsrat, was sie tun solle. Sie wolle an-
fahren, wenn er die Gewähr übernehme, daß sie
auch wieder herauskäme. Da der Betriebsrat
das nicht konnte, ging der größte Teil der Beleg-
schaft nach Hause, nur rd. 200 Mann fuhren trotz
der Drohungen an.

Zwischen 4 und 5 Uhr näherten sich der Zeche
von allen Seiten, teils in größeren Häufen, teils
in Schlingensiefeln rote Banden, die ein heftiges
Reuer auf die Zeche und zum Teil auch auf sich
selbst eröffneten. Dann wurde, nachdem die
Zechenwehr Widerstand als offenbar nutzlos auf-
gegeben hatte, die Zeche gestürmt. In der am
Zecheneingang gelegenen Beamtenlaube und Mar-
senkontrolle wurden mehrere Beamten
mit Erschießen bedroht, die Betriebs-
führer unter und über Tage und der Be-
triebsrat wurden unter Drohungen
veranlaßt, die Waffen herauszu-
geben. In den Zimmern des Betriebsführers
unter Tage und der Stelgerstube wurden sämt-
liche Schränke demoliert, aus fast allen Türen im
ganzen Gebäude wurden die Züllungen heraus-
getreten oder herausgeschoben. Neugierig wurde
im Verwaltungsgebäude gehäuft. Die Belegschaft
über Tage — mit Ausnahme der Leute im Kessel-

haus, an den Maschinen und auf der Kaserne — wurde nach Hause geschickt, der diensttuende Fördermaschinist auf Schacht I wurde mit Handgranaten bedroht und ebenfalls von der Zeche gejagt. Ein anderer Fördermaschinist mußte die unter Tage angeführte Belegschaft herausholen. Am Donnerstag blieb die Zeche und das Verwaltungsgebäude dauernd von den roten Banden besetzt. Am Donnerstag Abend zog sich die rote Besatzung auf die Kunde hin, daß die Reichswehr im Anrücken sei, zurück.

Die Politik der Woche.

Der neue Außenminister, Dr. Köster hat gleichzeitig mit seinem ersten Auftreten im Reichstag der Presse gegenüber eine Art außenpolitischen Programms entwickelt. Besonders Wert hat er dabei auf die für den beginnenden Wahlkampf an Wichtigkeit nicht zu übertreffende Frage gelegt, welcher deutschen Regierung das Ausland Vertrauen entgegenbringe und welche deutsche Regierung infolgedessen imstande sei, den Weg zur Revision des Versailler Friedens, ohne die wir zugrunde gehen müssen, erfolgreich zu beschreiten. „Das Ausland hat nur Vertrauen in das Deutschland der Koalition“ — so sagt Dr. Köster und führt dann richtig aus, daß die Entente weder eine Kapp-Regierung noch eine Diktatur des Proletariats geduldet hätte und in Zukunft auch einer etwaigen rein sozialistischen Regierung, die sich auf keine parlamentarische Mehrheit stützen könnte, die zum deutschen Wiederaufbau nötigen Kredite verweigern würde. Diese Ausführungen hängen offenbar zusammen mit einer kürzlich überreichten Note der Entente, die von der Regierung, vermutlich aus durchsichtigen Gründen der Wahlmaske, nicht im Wortlaut veröffentlicht worden ist. Angeblich haben die alliierten Mächte erklärt, sie könnten keine Regierung in Deutschland dulden, welche nicht willens sei, den Friedensvertrag loyal durchzuführen. Jede Wiederkehr einer revolutionären Bewegung ebenso wie jeder neue Aufstand würde den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und seine Versorgung verzögern oder unmöglich machen, während anderseits die alliierten Regierungen versprochen hätten, dazu führende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Für heute müssen wir uns begnügen, den außenpolitischen Richtlinien des neuen Mannes in der Wilhelmstraße 76, die im übrigen der Fassung nach einen gewissen Fortschritt gegenüber ähnlichen Auslassungen seines Vorgängers im Amt bedeuten, folgendes kurz zusammenfassend gegenüberzustellen: Die heutige französische Regierung wird in ihrer Abhängigkeit von den hinter ihr stehenden Militärs und dem von ihr selbst immer wieder aufgepeitschten Chauvinismus Deutschland gegenüber nur dann zurechnungsfähig sein, d. h. in die von uns stets und noch heute gewünschten positiven Verhandlungen über wirtschaftliches Zusammenwirken eintreten, wenn sie entweder von England, Italien und vielleicht auch von Amerika, oder durch rasch vorwärtsschreitenden eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch dazu gezwungen werden wird. Einweilen arbeitet sie offen auf die Zerschlagung Deutschlands und seinen gänzlichen Zusammenbruch hin. Die einzige „Koalition“, zu der in Wahrheit das Ausland Vertrauen fassen kann, wird nicht die unverminderte Fortsetzung der heutigen Regierungskoalition sein, sondern eine andere „Koalition“, die sich am besten mit den Worten unseres Wahlaufsatzes umschreiben läßt: „Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte im deutschen Vaterlande.“

Herr Wirth, der neue Reichsfinanzminister, hat im Hauptausschuß einen Ueberblick über die Reichsfinanzlage ge-

geben. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß die Berechnung, die Herr Erzberger über unseren Gesamtbedarf und seine Deckung aufgestellt hat, schon wieder überholt ist. Herr Wirth steht vor einem Defizit von annähernd 3 Milliarden Mark, für das er durch eine Erhöhung der Kohlensteuer Deckung zu finden hofft. Auf die Suche nach neuen Steuern beabsichtigt er nicht zu gehen, weil er der Ansicht ist, daß er bei dem besten Willen in der Debatte, die Herr Erzberger geschaffen hat, nichts mehr finden wird. Dabei ist es natürlich mit dem 3 Milliarden-Defizit keineswegs getan. In der Berechnung der Reichsfinanzverwaltung befindet sich immer noch die große, in ihrem Umfang aber noch gar nicht zu übersehende Lücke, die durch Entschädigungszahlung an die Entente ausgefüllt werden muß. Fernerhin lastet auf den Schultern des Reiches in Zukunft das Defizit der bisher einzelstaatlichen Bahnverwaltungen. Das sind rund 12 Milliarden Mark, die auf irgend eine Weise herbeigeschafft werden müssen. Herr Wirth hat einige dunkle Andeutungen über die Wege gemacht, die er zu diesem Zwecke einschlagen gedenkt. Recht klug geworden ist aus dieser Rede niemand und dunkel ist die Aussicht auf Deckung des ungeheuren Milliarden-Defizits der deutschen Eisenbahn geblieben. Im Eisenbahnbetrieb können gesunde Verhältnisse nur wieder geschaffen werden, wenn die alte Ordnung, die alte Zucht und die alte Arbeitsfreudigkeit in die Betriebsverwaltung einziehen. Wie steht es nun damit? Der Reichsfinanzminister hat in dem Hauptausschuß eine Erklärung vorgelegt, die unterschrieben ist von dem Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteten, dem Kartell der Eisenbahnbeamtengewerkschaften Deutschlands und dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband. In dieser Erklärung wird eine andere Gehaltsregelung verlangt, als sie durch die Beschlüsse des Unterausschusses der Nationalversammlung gewährt wird und dann gesagt: „Die unterzeichneten Großorganisationen erklären deshalb in letzter Stunde, daß sie, wenn auch im Plenum die Ablehnung ihrer Forderung erfolgt, 1. ihre Mitglieder befragen werden, was weiter zu tun ist; 2. es nicht werden verhindern können, daß die Eisenbahnbeamten der Länder es ablehnen werden, Reichsbeamte zu werden; 3. es auch nicht werden verhindern können, daß die Eisenbahnbeamten, die seither schon ein vollgerichtetes Maß von Arbeit trotz ihrer ungenügenden Bewertung auf sich genommen hatten, ihr Angebot der produktiven Mehrleistung zurückziehen und genau soviel leisten werden, als ihrer Einschätzung entspricht.“ Zweifelloso handelt es sich in diesem Ultimatum um die Androhung nicht nur des Streiks und der passiven Resistenz, sondern auch der direkten Ablehnung. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Betriebsverwaltung, die derartigen Gewaltandrohungen unterliegt, völlig außerstande ist, den Betrieb wieder auf gesunde Grundlagen zu stellen, und es ist deshalb klar, daß eine solche Methode weiter zerrüttend auf unsere ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wirken muß. Aber damit ist noch nicht alles gesagt. Daß Gewerkschaftsverbände mit derartigen Drohungen auftreten können, ist Schuld der Regierung. Nachdem die staatliche Autorität und die Beamtendisziplin von der Regierung selbst durch die Entfesselung des Generalstreiks völlig erschüttert und untergraben worden sind, kann man sich nicht wundern, wenn es auf dieser Bahn weitergeht. Mag die Regierung deshalb auf alle möglichen finanziellen Auswege sinnen, solange sie im bisherigen Fahrwasser bleibt, wird sie die wirtschaftliche Gesundung ihrer Betriebe selbst am meisten verhindern.

Die Regierungskoalition, die dem Namen nach aus den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem Zentrum besteht, beginnt sich sachte aufzulösen. In diesem Prozeß werden die Schatten sichtbar, die die künftigen Wahlen vorauswerfen. Der Wahlaufsatz der demokratischen Partei hat eine gewisse Sprengwirkung ausgeübt. Der „Vorwärts“ fühlt sich durch ihn veranlaßt, einen „grundzüglichen“ Leitartikel über „Demokratie und Sozialismus“ zu veröffentlichen. Darin wird „die bürgerliche Nichts-als-Demokratie eine überaus fragwürdige Erscheinung im öffentlichen Leben“ genannt. Dieses Wort prägt der „Vorwärts“ auf diejenigen Elemente der demokratischen Partei, die an sich „versteckte Verehrer des Kapitalismus“ geblieben sind, mit „der Demokratie als der einmal unvermeidlich gewordenen Koalition“ indessen ihr Auskommen zu finden versuchen. Neben diesen Elementen steht der „Vorwärts“ in der Demokratie auch noch solche, die sich in ihrer sozialen Auffassung bereits ziemlich bis zum Sozialismus bekehrt haben. Eine ähnliche Beurteilung läßt der „Vorwärts“ „der zweiten halbwegs demokratischen Partei“, dem Zentrum zuteil werden. Auch hier setzt er seine Hoffnungen auf diejenigen Zentrumsanhänger, „die nach ihrer Klassenlage zur Sozialdemokratie gehören“. Selbstverständlich will der „Vorwärts“ von den anderen Elementen weder im Zentrum noch in der Demokratie auch nur das geringste wissen. Er gibt für den Wahlkampf die Parole aus, daß es gelingen müsse, durch Absprengung jener sozialistisch empfindenden Elemente von der Demokratie und vom Zentrum „für die klassenbewußt gewordenen Massen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ die politische Macht im Staate zu erobern. Mit diesen Augen betrachtet also die Sozialdemokratie angesichts des Wahlkampfes die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien. Es sind die Augen eines ausgesprochenen Feindes, der sich bisher die Mitarbeit der Demokraten und des Zentrums für seine Zwecke gefallen lassen, jetzt aber mit offenem Vlies Fehde anjagt. Auch zwischen den beiden bürgerlichen Koalitionsparteien ist nicht alles im reinen. So macht die „Germania“ zu dem Wahlaufsatz der Demokraten außerordentlich bissige Bemerkungen. Das Zentrumsorgan erboht sich über „unsere deutschen Demokraten, wie sie sich selbst stolz nennen“, weil nämlich diese Demokraten im vollen Gegensatz zu allen Demokraten der ganzen Welt die Schule „nicht als eine Angelegenheit des freien Mannes betrachten“. Damit hat die „Germania“ durchaus recht. Für die Sozialdemokraten und die Demokraten ist die Parole der Trennung von Kirche und Staat bekanntlich niemals ein Bekenntnis zu neutraler Haltung, sondern stets ein taktisches Manöver gewesen, um ihre Kirchen- und Religionsfeindschaft namentlich in der Schule zur Geltung zu bringen. Die „Germania“ faßt ihre Klage in folgenden Worten zusammen: „Der Aufsatz bestätigt die hinlänglich bekannte Tatsache, daß das Zentrum in der Koalition auf kulturellem Gebiet einen sehr schweren Stand hat; es steht dann meist allein und hat mit zwei Gegnern sich zu verständigen, von denen die deutsche demokratische Partei, wie verschiedene Vorkommnisse bewiesen haben, nicht immer der angenehmere ist.“ So kündigen sich ziemlich allgemein die Koalitionsparteien gegenseitig die Freundschaft. Ist das nicht ein sonderbares Bild, nachdem erst kürzlich dieselbe Koalition nach demokratischer Behauptung einen demokratischen Entscheidungssieg erfochten hat? Trotz dieses Sieges fühlt sich die Koalition in ihrer Haut außerordentlich unwohl. Sie weiß, daß im Wahlkampf abgerechnet wird, und deshalb möchte jede der Koalitionsparteien das Sündenkonto für eigene Rechnung tilgen, indem sie einfach die Koalition verleugnet. Das

wird aber den Demokraten am allerwenigsten gelingen. Die demokratische Partei hat alle Sünden, die die Koalition begangen hat — in Sonderheit die des Generalstreiks — mit auf dem Gewissen, und sie wird im Wahlkampf deshalb für alle diese Sünden haftbar gemacht werden. Es hilft gar nichts, daß sie jetzt zu sehr durchsichtigen Zwecken den Sozialdemokraten die Freundschaft kündigt und den Boden einer bürgerlichen Partei zurückzugewinnen sucht. Ihren Ruf als bürgerliche Partei hat sie unwiederbringlich verspielt.

Wie sich schon seit Monaten voraussehen ließ, kommen sich die beiden sozialdemokratischen Parteien umso näher, je mehr der Wahltermin heranrückt. Es hätte der Rückwirkung des Rapp-Bußes sicher gar nicht bedurft, um diesen Prozeß im Gange zu erhalten oder zu beschleunigen. Aber immerhin ist die Radikalisierung der Massen, die durch den Vorstoß des Herrn Legien und die Nachgiebigkeit der Regierung eintrat, ein weiterer Anreiz auf dem Wege zur sozialistischen Einigung. Diese Einigung wird höchst wahrscheinlich bald kommen. Auf welcher Grundlage sie sich vollziehen wird, ist noch nicht ganz entschieden. Die unabhängige Sozialdemokratie hat in ihrem Wahlauftritt noch ein Bekenntnis zum Rätesystem abgelegt. Die Bemerkungen, die der „Vorwärts“ dazu machte, waren außerordentlich milde und fast wohlwollend. Vor kurzem haben die Groß-Berliner Funktionäre der mehrheitssozialdemokratischen Partei getagt, und in dieser Versammlung hat der Berichterstatter, der über die Einigung der Arbeiterschaft sprach, den Satz aufgestellt: „Der Rätegedanke muß in irgend einer praktischen Form verwirklicht werden.“ Der letzte Unterschied zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen fängt also an, sich zu verflüchtigen. Die vorhin erwähnte Versammlung der Groß-Berliner Parteifunktionäre hat die Einigung schon insofern vorweggenommen, als ganz unverhüllt eine reine Arbeiterregierung als Ziel hingestellt wurde. Einer der Redner meinte, es sei gleichgültig, ob dabei etwa 48 Prozent der Bevölkerung über 52 Prozent die Regierungsgewalt ausüben hätten. In der schließlich angenommenen Resolution hat man diesen Gedanken nicht ausgesprochen, sondern ihn durch die Forderung ersetzt, daß in den bevorstehenden Wahlen eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit geschaffen werden müsse. Jedenfalls steht also die sozialdemokratische Wahlpropaganda mindestens unter der Parole: Erringung einer sozialistischen Mehrheit. Diese scharfe Scheidung der Geister kann uns nur recht sein, denn auch die Deutsche Volkspartei fordert eine solche Scheidung. Sie führt den Wahlkampf unter der Parole: Sammlung aller aufbauwilliger Bürger und Arbeiterkreise unter scharfer Trennung gegen den Sozialismus. Für die demokratische Partei ist zwischen diesen beiden Fronten kein Raum mehr. Sie hat ihre Reputation als bürgerliche Partei längst verspielt und sie erhält jetzt kurz vor den Wahlen von den Sozialdemokraten für alle die Dienste, die sie dem Sozialismus geleistet hat, einen Fußtritt. Für ihre charakterlose Politik werden die Wahlen das verdiente Strafgericht sein.

Aus Welt und Zeit.

Wahlerfolge des deutschen Arbeiterbundes.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten der Siemens- und der Sanyas-Elektrizitätswerke in Berlin hat die Liste des Deutschen Arbeiterbundes, angeschlossen dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften, etwa 2200 Stimmen und neun Betriebsräte erhalten. Dieses Ergebnis ist ein ansehnlicher Anfangserfolg der nationalen Gewerkschaftsbewegung in Berlin, die die Interessen der Arbeiter mit allen gesetzlichen Mitteln, möglichst aber auf dem Wege friedlicher Verständigung

wahrnimmt. Auch in zahlreichen anderen Städten des Reiches haben die Listen des Deutschen Arbeiterbundes bei den Betriebsratswahlen gute Erfolge erzielt, zum Teil sogar die Hälfte und mehr der Betriebsratsliste erobert.

Es scheint sich die vernünftige nationale Richtung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung trotz des Terrors immer mehr durchzusetzen.

Fast neun Millionen Mark Propagandaunkosten für die Sparprämienanleihe.

Der Bericht der vom Reichsfinanzminister eingesetzten Kommission zur Prüfung der Propagandaunkosten für die Sparprämienanleihe 1919 ist in der Nationalversammlung gedruckt ausgegeben worden. Danach haben sich bis zum Kostenabluß Ausgaben für die Propaganda in Höhe von über 8,3 Mill. M. ergeben, doch sind die Rechnungen noch nicht abgeschlossen, so daß sich die Ausgaben möglicherweise bis auf 9 Millionen Mark steigern werden. Zurüdgezahlt sind auf Vorstellungen der Kommission hin von den Auftragsempfängern bisher 116,482 M. Die Hauptposten in den Ausgaben sind: Broschüren 1 024 000 M., Flugblätter und Musikvorwände 1 114 000 M., Plakate 762 000 M., Anzeigen 4 Millionen Mark, wozu noch 1/2 Million Mark für Anzeigen durch den Lotterieverband kommt. Die Hauptbeanstandungen sind bei den Preisen für die Broschüren erfolgt. Die Firma Dietrich Reimer in Berlin hat 50 000 M. von ihrem Gewinn zurückgezahlt, während die Firma W. Moeser sich bisher weigert, einen Teil ihres als überhöht angesehenen Reingewinns zurückzugeben. Ferner wird beanstandet, daß die ehrenamtlich beschäftigten Herren Verlagsbuchhändler Gürgens und Kessendorf sich für ihre Tätigkeit haben Provisionen zahlen lassen oder selbst an der Lieferung für das Reich teilgenommen haben. Ein Komponist Leopold Maack hat ein Propagandalied komponiert und davon eine so hohe Reineinnahme geholt, daß er sich zur Rückzahlung von 50 000 M. bereitfinden mußte. Ferner wird beanstandet, der Vertrag mit dem Schriftsteller Gustav Guckelberger für seine Propaganda durch eine Feuilletonkorrespondenz und durch Vorträge mehrere tausend Mark verdient hat.

Aus der Partei.

Der Reichsbeamtenauschuß der D. V. P.

hat anlässlich der Zentralvorstandssitzung der Partei die Beamtenauschüsse der Landesverbände zu einer Tagung in Berlin versammelt, in der folgende Beschlüsse gefaßt worden sind: 1. Zur Besoldungsreform. a) Der Reichsbeamtenauschuß der D. V. P. nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der vom Haushaltsauschuß der Nationalversammlung eingesetzte Unterausschuß gegen die Stimmen unserer Parteivertreter beschlossen hat, die Erledigung der Beamtenwünsche in bezug auf die Einreihung in die Besoldungsordnung dem kommenden Reichstage zu überlassen. Die Beamtenschaft verlangt, daß endlich eine gerechte und endgültige Lage für sie geschaffen wird, und fordert, daß ihre Lebensbedürfnisse nicht hinter parteipolitische Ziele zurückgestellt werden. b) Der Reichsbeamtenauschuß der D. V. P. fordert, daß die Besoldungsgesetze unbedingt auch für die Angehörigen von Reichsheer und Reichsmarine Gültigkeit erhalten. c) Der Reichsbeamtenauschuß der D. V. P. begrüßt das entschiedene Eintreten seiner Fraktionsvertreter für die Ruhegehaltsempfänger, deren Notlage sofortige durchgreifende Hilfe verlangt. 2. Zur Steuerfrage. Der Reichsbeamtenauschuß der D. V. P. verlangt, daß eine Aufhebung des Gemeindesteuerprivilegs der Beamten aus Gründen des Rechts und der Billigkeit unter keinen Umständen ohne Entschädigung erfolgen darf. 3. Zur wirtschaftlichen Notlage. Der Reichsbeamtenauschuß der D. V. P. verlangt eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszulagen und eine sofortige Abschlagszahlung von 1200 Mark auf die neuen Gehälter. 4. Zur Krise im Deutschen Beamtenbunde. Der Reichs-

beamtenauschuß der D. V. P. steht auf dem Standpunkte, daß die Berufsorganisationen der Beamten sich von jeder politischen Betätigung fernzuhalten und die Interessen des Beamtentums in einer der beruflichen Sonderstellung der Beamten entsprechenden Form zu vertreten haben.

Sitzung des Reichsfrauenauschusses.

Am 15. April fand unter dem Vorsitz von Frau Abgeordnete Mende, als Vorbereitung zur die Frauentagung und den Zentralvorstand, eine Sitzung des Reichsfrauenauschusses statt, die außerordentlich gut besucht aus Berlin und allen Teilen des Reiches war. Nach Begrüßungsworten von Frau Mende an die Anwesenden, besonders Frau Bassermann, die nach langer Zeit einmal wieder an einer Sitzung teilnahm, trat man in die Tagesordnung ein. Frau Mende ergriff als erste das Wort und gab einen kurzen Überblick über die politische Lage. Sie führte u. a. aus, daß die Stimmung in der Partei, die nach den Ereignissen der letzten Zeit eine etwas gedrückte gewesen, einer freundigen Zukunft im Hinblick auf den Ausfall der Wahlen gewichen sei. Man fange an, auf die Stimmen der Sachverständigen der Deutschen Volkspartei zu hören. Die Generalstreikpartei hat den Demokraten großen Schaden zugefügt, die Abwanderung nach rechts ist stark im Gange. Unser Kampf in der kommenden Wahlzeit gilt „links“. Mit den Deutschnationalen freundschaftliches Verhalten, aber Wahrung unserer Selbstständigkeit. Unsere Hoffnung gilt der Zukunft; dafür müssen wir alle arbeiten, auch wir Frauen und zwar muß uns das Recht zugebilligt werden, selbständig zu agitieren, die Initiative unter den Frauen zu wirken, muß den Frauen überlassen werden. An die sehr anregenden und interessanten Ausführungen von Frau Mende schloß sich eine lebhafte Debatte, die die volle Einmütigkeit der Anwesenden für den politischen Wahlkampf zum Ausdruck brachte. Frau Ender-Hamburg berichtete dann über die Stellung der Frauen der Deutschen Volkspartei zum Bund Deutscher Frauenvereine. Auch hier ergab sich vollste Übereinstimmung, daß nach wie vor die Teilnahme am Nationalen Ring abzulehnen und am Bund Deutscher Frauenvereine festgehalten werden müsse, um jede Zersplitterung innerhalb der Deutschen Frauenwelt zu vermeiden. Fräulein Dr. Mayer brachte dann noch einige Abänderungsvorschläge zum Bürgerlichen Gesetzbuch zur Sprache, die von besonderer Bedeutung für die Frauen sind. Nachdem die Mitglieder des Reichsfrauenauschusses noch Stellung zur Kandidatinnenfrage genommen und die eventuelle Gründung einer besonderen Frauenzeitung in Erwägung gezogen hatten, die aber wegen allzu hoher Gründungskosten als zurzeit unmöglich abgelehnt wurde, erklärte Frau Mende die Sitzung für geschlossen.

Der Zug zur Deutschen Volkspartei.

Der frühere erste Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei Bad Rothenfelde, Herr Fabrikdirektor Dr. Artur Soergel, hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Dr. Rahl Reichstagskandidat für München.

Wie aus München gemeldet wird, wird die Deutsche Volkspartei als Reichstagskandidaten für München Geheimrat Dr. Rahl aufstellen.

Angestellte und Reichstagswahl.

Nachdem bekannt geworden ist, daß der bekannte Vorsitzende des Gesamtverbandes Deutscher Angestellter-Gewerkschaften Otto Thiel an sicherer Stelle für die Deutsche Volkspartei kandidieren wird, macht sich in der sozialdemokratischen Presse bereits begreifliche Nervosität bemerkbar. So weist z. B. der „Vollwille“,

das sozialdemokratische Organ in Hannover, in seiner Nr. 89 vom 16. 4. 20 darauf h'n, daß Herr Thiel sich in früheren Jahren gelegentlich gegen nationalliberale Abgeordnete bzw. einzelne Landlungen derselben ausgesprochen habe und mit dem „Hannoverschen Kurier“ nicht immer zufrieden gewesen sei. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten keinen wirkungsvolleren Angriff gegen den Angestelltenlandbaten der Deutschen Volkspartei vorzubringen wissen. Die vorstehend angeführten Gründe sprechen nicht gegen, sondern für ihn und für die Deutsche Volkspartei. Sie zeigen, daß auf beiden Seiten nicht kleine Meinungsverschiedenheiten, sondern die Uebereinstimmung in den großen Dingen die Entscheidung fällen. Die Deutsche Volkspartei hat ihrerseits großes Gewicht darauf gelegt, daß sie gerade einen solchen Angestelltenvertreter in den Reichstag bringt, der der angestelltenfeindlichen Politik der Sozialdemokratie gegenüber die Angestellteninteressen auf Grund bester Sachkenntnis wirkungsvoll vertritt. Daß in dieser Beziehung die Auswahl nicht glücklicher hätte sein können, werden selbst die Sozialdemokraten nicht bestreiten wollen. Nach den Grundsätzen der Deutschen Volkspartei wird Herr Thiel aber auch die ganze Fraktion auf seiner Seite haben. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß die Privatangestellten sich durch so lächerliche Angriffe davon abhalten lassen werden, der Deutschen Volkspartei und damit Herrn Thiel, dem langjährigen Vertreter ihrer Rechte, ihre Stimme zu geben.

Die Notlage der preussischen Eisenbahnbeamten.

Die Abgg. Meyer-Herford, Garnich, Dr. Görtz und Langer (Oberhausen) haben an die preussische Staatsregierung folgende dringende, kleine Anfrage gerichtet: „Auf die am 1. April 1920 ausgezahlten Vorschüsse sind den Eisenbahnbeamten und einem Teil anderer Beamtengruppen früher gewährte Ausgleichs- und andere Zulagen und Vorschüsse in Abzug gebracht worden. Infolgedessen haben die Beamten tatsächlich keine oder nur ganz geringe Vorschüsse auf die zukünftigen höheren Gehaltsstufen erhalten. Dadurch ist in den Kreisen der Beamten eine große Notlage entstanden und eine starke Mißstimmung eingetreten. Ist die preussische Staatsregierung bereit, diese Maßnahme schleunigst wieder rückgängig zu machen?“

Beschaffung von Bergarbeiterwohnungen.

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Abg. Winnefeld, machte in der Nationalversammlung zu diesem Thema folgende Ausführungen: Wir sind alle darin einig, daß alles geschehen muß, um in der nächsten Zeit Bergarbeiterwohnungen zu beschaffen. Derjenige, der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und darüber hinaus in den Erzrevieren Bescheid weiß, weiß, daß die Beschaffung von Wohnungen eine hochwichtige Frage ist. Nur gehen die Ansichten darüber auseinander, wie die nötigen Mittel zu gewinnen sind. Der Antrag Mumm will diese Mittel ohne weiteres aus den Erträgen der Kohlensteuer nehmen. Der Herr Kollege Osteroth wehrt sich hiergegen und sagt, die Bergarbeiter des Kohlenbergbaues würden im allgemeinen damit nicht einverstanden sein. Gewiß mag es hier und da vielleicht Bergarbeiter geben, auf die das zutrifft. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß es einfach eine Frage der Solidarität sein sollte, daß der Kohlenbergmann von Fall zu Fall seinen Kollegen im Erzbergbau zu Hilfe kommt. Es ist doch zu bedenken, daß der Erzbergbau ebenfalls die Kohlensteuer aufbringt, denn die Kohlensteuer ist eine Steuer, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Unter diesen Umständen bin ich der Ansicht, daß sich doch darüber reden ließe, ob man aus der Kohlensteuer einer gewissen Prozentsatz für die Beschaffung von Wohnungen im Erzbergbau bewilligen soll. Der Herr Kollege Osteroth will seinerseits die Bergarbeiterwohnungen aus den Ueberschüssen des Auslandsgeschäftes bezahlen lassen. Ich hätte auch gegen

diesen Antrag nichts einzuwenden, aber wer bürgt uns dafür, daß sich die Ueberschüsse für das Auslandsgeschäft solange halten lassen, bis der Wohnungsbau im Bergwerksrevier durchgeführt ist. Vielleicht läßt sich der Antrag dahin erweitern, daß die Regierung zunächst die Mittel aufbringt, um den Wohnungsbau durchzuführen. Ein Ausweg muß jedenfalls gefunden werden. Als Bergmann würde ich mich für den Antrag Mumm entscheiden.

Die D. B. P. und die internationale Sechsstunden-Schicht.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gibt eine Broschüre heraus: „Die Sechsstundenschicht im Bergbau“, in der sich in einer Rede des Abgeordneten Hué folgende Ausführungen finden (Seite 5): „Nachdem nun die internationale Verständigung bisher nicht möglich war, haben Bergarbeiter-Abgeordnete in der Preussischen Landesversammlung am 12. November 1919 den Antrag gestellt, die Regierung solle sich bemühen, auf diplomatischem Weg die Vereinbarung über die Sechsstundenschicht für Untertagsarbeiter international einzuführen. Für diesen Antrag haben sämtliche Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gestimmt.“ In Wahlversammlungen ist derselbe Vorwurf unseren Rednern gegenüber bereits erhoben worden. Dem gegenüber stellen wir fest, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei für den Antrag gestimmt hat.

Die Abwicklung des Heeres.

In dem Haushaltsanschlag der Nationalversammlung wurde auf Anfrage die Mitteilung über die Abwicklung des Heeres gemacht. Der Abgeordnete der D. B. P. Beermann stellte fest, daß das Bild viel düsterer sei, als die Kommission erwartet habe. Er müsse bedauern, daß die Tatsachen noch heute so liegen, wie sie geschildert wurden. Im Herbst 1919 habe der Herr Reichsfinanzminister angekündigt: es solle in diese Verhältnisse der eiserne Besen hineinfahren. Nun höre man, daß jetzt nach einem halben Jahre der Anfang erst zu einer entschiedenen Vereinfachung gemacht sei. Der Abbau sei noch so langsam, daß das als öffentliche Schande der Behörde bezeichnet werden müsse. Er verlangte dazu ein ganz anderes Tempo des Abbaues, als man gewohnt zu sein scheine. In jedem Falle müsse bis zum 1. Oktober d. J. all dieser Kriegsschutt hinweggesetzt sein. Wenn nötig, müsse durch einen Initiativantrag in der Nationalversammlung der nötige Antriebs gegeben werden. Nach weiterer Aussprache erklärte der Reichsfinanzminister, daß der Abbau bis zum 1. Oktober d. J. tunlichst erledigt sein solle. Wenn Reste bleiben, so könnten diese, wie der Abg. Beermann vorschlug, an ordentliche Behörden gegeben werden.

Die Krüppelfürsorge.

In der Preussischen Landesversammlung wurde bei der ersten Beratung der Gesetzentwurf über Krüppelfürsorge dem Ausschuss für Bevölkerungs-politik, wofür auch der Vertreter der Deutschen Volkspartei eintrat, übergeben. Abg. Dr. Boelke führte im Namen der Deutschen Volkspartei ungefähr folgendes aus: Wir begrüßen den Entwurf und hoffen, daß er möglichst bald verabschiedet werde. Wir stimmen seinem Grundgedanken bei und freuen uns über die starke Betonung in den Bestimmungen des Entwurfs, daß die Krüppel der Erwerbstätigkeit nach Möglichkeit zugeführt werden sollen. Kosten dürfen hierbei keine Rolle spielen. Ärzte und Kinderärztinnen müssen herangezogen werden. Ebenso muß auch staatliche Fürsorge eintreten. Der Ambulantenfürsorge muß mehr Sorgfalt zugewendet werden. Wir begrüßen den Antrag herausgegebenen

nen Turnertag, wonach körperlich schwachen Schülern, die an dem Turnunterricht nicht teilnehmen können, durch Spaziergänge in den botanischen Gärten usw. besondere Beachtung zugewendet werden soll. Hierbei müssen sich die Schulkollegen der Pflege dieser Jugendlichen besonders annehmen. Wir wünschen auch, daß bei den charitativen Anstalten der privaten Fürsorge jeder Art weitestgehende Fürsorge angewendet wird. Besonders sind es Anstalten der inneren Mission und katholische Anstalten, die als Heimstätten dienen, so für Tuberkulose usw. Sie bedürfen des größten Entgegenkommens, namentlich in bezug auf die Ernährung, in der Zuführung an Kosten für Gesundheitsbäder und in der Hinsicht, daß ihre Gemeinnützigkeit mehr betont wird. Durch die Reichsumsatzsteuer werden diese Anstalten aber sehr schwer betroffen, zumal sie vielfach nur auf Kollekten und Stiftungen angewiesen sind. Preußen muß hier beim Reich dafür sorgen, daß für diese Anstalten Steuerbefreiung eintritt. Wir hoffen, daß die Anregung der Deutschen Volkspartei auf guten Boden fallen wird.

Die Notlage der Knappschafstinvaliden und Witwen.

Die Abgeordneten Langer (Oberhausen) und Tegebe hatten im November 1919 die Anfrage an die Preussische Regierung gerichtet, ob sie angesichts der wirtschaftlichen Notlage der Knappschafstinvaliden und Witwen bereit sei, Staatsmittel zur Behebung der Notlage zur Verfügung zu stellen, oder welche Schritte sie sonst in dieser Hinsicht zu unternehmen gedenke. Daraufhin ist am 21. April folgende Antwort der Partei seitens der Regierung erteilt worden: In der letzten Zeit sind angesichts der großen Entwertung des Geldes die Knappschafstinvaliden in zahlreichen, namentlich größeren Knappschafstvereinen erheblich erhöht worden. Bei anderen Vereinen stehen derartige Erhöhungen in nächster Zeit bevor. In der überwiegenden Mehrzahl der Vereine beschränken sich indessen diese Erhöhungen auf die zurzeit der Erhöhung noch aktiven Mitglieder. Um eine Besserung der durch die besonderen Umstände und durch die allgemeine Teuerung bewirkten Notlage der Knappschafstinvaliden zu schaffen, sind von den meisten Knappschafstvereinen oder von den ihnen angehörigen Werksbesitzern und Werksbesitzervereinen sowohl während des Krieges als insbesondere in der letzten Zeit Maßregeln getroffen worden, durch die den besonders bedürftigsten Knappschafstinvaliden, Witwen und Waisen außer den durch die Satzung für Notfälle vorgesehenen außerordentlichen Unterstützungen besondere Teuerungszulagen gewährt werden. Trotzdem herrscht gerade unter den Knappschafstinvaliden noch immer eine gewisse Notlage, der abzuheben sehr schwierig ist. Die Lage der Invaliden und Witwen bei den Knappschafstvereinen kann nicht anders beurteilt werden, als die der Rentenempfänger bei den übrigen Sozialversicherungen. Soweit die Leistungen der Vereine die auf der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reichs beruhenden, der deutschen Arbeiterkassen im allgemeinen zustehenden Versicherungsleistungen umfassen oder ersetzen, unterliegt die Frage der Erhöhung dieser Leistungen der Zuständigkeit des Reichs. Preußen kann diese Aufgabe des Reichs nicht übernehmen. Der Preussische Staat hat in seiner Eigenschaft als Werksbesitzer schon seit längerer Zeit unter Aufwendung bedeutender Mittel durch Bewilligung von Teuerungszulagen Hilfreich eingegriffen und wird jede weitere Maßnahme zur Behebung einer wirklichen Notlage auf diesem Gebiete auch künftig wohlwollend prüfen. Vor allem ist er bereit, sich in Gemeinschaft mit den Privatwerken an einer Erhöhung der freiwilligen Werksbesitzerszulagen zu beteiligen. Darüber hinaus auch für Invaliden und Witwen

von privaten Bergwerken besondere staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen, würde zu zahlreichen und nicht unbegründeten Verurteilungen anderer Arbeiterklassen führen müssen. Für besondere Notfälle werden die Reichsmittel, welche zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindevorständen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellt werden, auch weiterhin für bedürftige Knappheitsinvaliden und Witwen nutzbar gemacht werden.

Dem Bürgertum zur Lehre.

Nachdem der sozialdemokratische Parteivorstand am 1. Oktober den Wahlaufsatz veröffentlicht hat, treffen jetzt auch die einzelnen Wahlkreisorganisationen ihre Vorbereitungen. Eine eigenartige Maßnahme hat hierbei der Kreisvorstand des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland und Ruppin getroffen. Er hat einstimmig die Erhebung einer „Wahlsteuer“ beschlossen. Der einmalige Beitrag zum Wahlfonds soll nach der Höhe des jährlichen Einkommens abgestuft werden und betragen: bei einem Jahresverdienst von 5000 Mark 5 Mark, bis zu 7000 Mark 7 Mark, bis zu 10 000 Mark 10 Mark, bis zu 12 000 Mark 20 Mark, bis zu 15 000 Mark 30 Mark, bis zu 20 000 Mark 50 Mark, während bei einem Einkommen von mehr als 20 000 Mark mindestens 75 Mark entrichtet werden sollen. Auch die Groß-Berliner Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei hat kürzlich bis zur Beendigung der Wahlen die Erhebung eines Extrabeitrages für die Kosten der Wahlpropaganda beschlossen. An der Opferwilligkeit können sich die Angehörigen der bürgerlichen Parteien wirklich ein Beispiel nehmen.

Siegen-Süd. Der an dieser Stelle ergangenen Einladung zu einer Versammlung bei Klein, Koblenger Straße, am 20. d. M., hatten zahlreiche Mitglieder Folge geleistet. Der Bezirksvorsitzende, Herr Krey, sprach in einem 1/2-stündigen Vortrag über den Rapp-Putsch und den Putsch der Radikalen von links. Wenn wir als Angehörige einer Oppositionspartei natürlich der heutigen Regierung unsere Sympathie versagen, weil wir eben ihre Maßnahmen nicht für gut im Interesse Deutschlands halten, so wollen wir doch eine Forderung nur auf gesetzlichem Wege herbeiführen, die vor allem aber auch keinen militärischen oder rein rechtstehenden Charakter tragen soll. Der versuchte Umsturz von Rapp-Lüttich ist daher von Anfang an von den Führern unserer Partei abgelehnt worden und die Versuche, ihn der D. R. P. an die Rockschöße zu hängen, sind daher aus der Luft gegriffen und entbehren jeden Beweises. Ebenso falsch ist aber auch die Behauptung der Regierung und der Koalitionsparteien, daß das Verbrechen der Linkstradikalen durch die Affäre Rapp hervorgerufen sei. Sicher mag dieser unüberlegte Streich wie aber auch nicht minder der von der Regierung unterstützte Streich den Rotgardisten den Gewaltakt begünstigt haben; er war jedoch längst vorbereitet und wäre auch ohne ihn gekommen. Daß er sich aber so ausdehnen konnte, liegt an der Energielosigkeit der Regierung. Auch heute noch, nach den Taten dieser Verbrecher, die für das Wirtschaftsleben so verhängnisvoll geworden sind, ist die Regierung sich der Gefahr von links noch immer nicht bewußt. Daß der größte Teil des Volkes anders denkt, wird das Resultat der Wahlen am 6. Juni beweisen müssen. — Mit großem Interesse hatten die Anwesenden dem Vortrag gefolgt und es wurde allgemein wieder betont, wie nun ein jedes Mitglied der Partei sich für deren Prinzipien noch mehr als bisher einsetzen muß. Den Versammlungen darf niemand fern bleiben und es muß auch versucht werden, fernstehende (Dienstboten, Angestellte, Arbeiter,

etc.) zum Besuch der Versammlungen zu gewinnen. Vor allem aber muß die Werbearbeit von Mund zu Mund eifrig betrieben werden, dann wird uns auch ein Erfolg beschieden sein.

Der Hunsrücker, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteikaminitisch; Auswärtige willkommen.

Erwiderung auf den Artikel „Zur Ausdehnung der Zwangsversicherung“.

Die Ausführungen in dem betr. Artikel, welche sehr einseitig gefärbt sind, könnten in mancher Beziehung einer Berichtigung unterzogen werden. Wir sehen aber davon ab, da wir parteipolitische Interessen nicht vertreten, und begnügen uns mit der Widerlegung der unrichtigen Angaben, die uns betreffen. Im Januar 1919, bei Abschluß des letzten Ärzte-Vertrages über die Behandlung der Rassenmitglieder, stand die Kasse noch ganz unter dem Eindruck des schlechten finanziellen Ergebnisses des Jahres 1918, hervorgerufen durch die Grippe-Epidemie. Vor großem Verlust wurden wir damals durch freiwillig gezahlte Beiträge der Großbetriebe geschützt. Trotzdem erhielten die Ärzte ihre gestellten Ansprüche zu 90 Proz. bewilligt. Ihre Zufriedenheit damit bewiesen die Ärzte dadurch, daß sie Ende September 1919 von ihrem Kündigungsrecht keinen Gebrauch machten und den Vertrag stillschweigend auf ein weiteres Jahr verlängerten. Im Januar dieses Jahres, bei Einführung der Familienversicherung, setzten die Ärzte ihre gestellten Ansprüche zu 90% Proz. durch, obwohl die Kasse über die Tragweite der Familienversicherung noch vollständig im Dunkel tappte. Nach dieser Äußerung möchten wir doch fragen: auf wessen Seite steht nun die Wahrheit gegenüber der Behauptung, daß bei einem Kleinüberschuß von 105 000 M. öftere Forderungen der Siegener Ärzte-Kasse auf zeitgemäße Bezahlung ihrer Leistungen im Hinblick auf den Kostendruck der Kasse abgelehnt wurden? — Ebenso verhält es sich mit der verdunkelten Angabe, die Allgemeine Ortskrankenkasse Siegen zahlt an 34 Rassenärzte im Jahre 46 000 M. (richtig ist 51 003,80 M.). Wenn solches allerdings in dieser Form vorgetragen wird, sagt man unwillkürlich, daß ist für 34 Rassenärzte sehr wenig. Wenn wir nun aber anklären, daß die Summe von 51 003,80 M. zum größten Teil in die Hände von 4 bis 6 Ärzten fließt und nur ein verschwindender Teil dieser Summe die anderen hiesigen und die in den umliegenden Ortschaften wohnenden Ärzte erhalten, dann sieht die Bezahlung doch freundlicher aus. Die Auffassung, daß der Artikel „Zur Ausdehnung der Zwangsversicherung“ einseitig gefärbt ist, glauben wir mit den oben vorstehenden Aufklärungen genügend erbracht zu haben.

Allgemeine Ortskrankenkasse Siegen.

Zu der Einleitung auf den am 17. April 1920 erschienenen Artikel „Zur Ausdehnung der Zwangsversicherung“ ist folgendes zu bemerken: Erstens: der Artikel war rein politisch und streifte die pekuniäre Seite der Frage nur insoweit, als er den Nachweis führte, daß die Bezahlung des im freien Berufsleben stehenden Arztes durch den Rassenarzt zu einer Verelendung des Arztestandes führen werde, da die Ärzteschaft von den Rassen ganz unzureichende Honorarfähigkeit erhalten und dem wirtschaftlichen Ruin entgegenginge. Zweitens: der Vorwurf der Verdunkelung und der einseitigen Färbung zwingt dazu, die Honorarfähigkeit der Ortskrankenkasse zu veröffentlichen. Der Leser mag sich dann sein eigenes Urteil bilden, wer, wenn überhaupt, es nötig hätte, dabei etwas zu verdunkeln.

34 Ärzte haben mit der Ortskrankenkasse Siegen Verträge über die Behandlung ihrer Verletzten, wofür die Kasse 46 000 M. jährlich bezahlt. Selbst die stärkste Inanspruchnahme der Ärzteschaft, z. B. Grippeepidemie, mit 12- und 14stündiger Arbeitsleistung und darüber, entzogen

die Kasse in keiner Weise. Lediglich Geburten und Leberlandbesuche werden besonders vergütet. Daher reichen die Rassenentgelte bei starker Inanspruchnahme der Arbeitszeit bei den meisten Ärzten kaum zur Deckung ihrer Unkosten (Miete, Gas, Licht, Heizung, Ergänzung des Instrumentariums, das heute 1000 Proz. Teuerungsaufschlag aufweist), aus. Einer der beschäftigten Rassenärzte Siegens z. B. mußte im letzten Jahre die Hälfte seiner Kasseneinnahmen von der Ortskrankenkasse Siegen zur Deckung seiner Ausgaben für Hausbrand verwenden. Da die Ärzteschaft zur Entlohnung der ausgeführten Operationen, die nach der aus dem Jahre 1898 stammenden Minimaltabelle der preuß. Gebühren-Ordnung auch heute noch berechnet werden, von der gezahlten Summe 4600 M. anziehen muß, verbleiben für die allgemeine ärztliche Tätigkeit (Konsultationen, Besuche, Nachtbesuche) noch 41 400 M. Diese Summe verteilt sich auf die einzelnen Rassenkassen, von denen jeder Schein das Entgelt für einen ganzen behandelten Krankheitsfall darstellt. Kein Krankenschein hat in den letzten beiden Jahren die Summe von 5 M. wesentlich überschritten. Da erfahrungsgemäß auf einen Krankheitsfall durchschnittlich etwa 3 Konsultationen in der Sprechstunde und 2 Besuche kommen, so erhält der Arzt für seine jeweilige Tätigkeit durchschnittlich 1 M. — 8 — 10 1/2 heutigen Geldwerts. Dagegen vergleicht man die heutigen Einnahmen eines Dienstmanns. Von diesen Einnahmen zieht der Arzt seine Unkosten ab, der Rest ist — Schweigen.

Daß die Bezahlung der Ortskrankenkasse Siegen keinen Einzelfall darstellt, sondern daß die Ausführung des Artikels vom 17. April sehr berechtigt und dazu maßvoll waren, als sie von der drohenden Verelendung und der Not des deutschen Arztestandes sprachen, beweist der vom Gesamtverein der deutschen Ärzte in Leipzig (38 000 Ärzte) veröffentlichte Aufruf, in dem die organisierten Ärzte Deutschlands aufgefordert werden, ihre Rassenverträge zu sperren. Es heißt darin u. a.: „Unverlässliche Bedingung für die Neuvergabe von Rassenverträgen ist eine Vergütung, die der Zeit und der Teuerung gerecht wird, den Einnahmefähigkeiten der Rassen entspricht und den Ärzten endlich ihre wirtschaftliche Leistung ermöglicht.“

Die eingehende Berechnung der ärztlichen Kasseneinnahmen von der Ortskrankenkasse Siegen, die im letzten Jahre 105 000 M. Reingewinn buchen konnte, sowie der Kostschrei von 38 000 Ärzten aus ganz Deutschland sprechen eine berechtigte Sprache, daß sich ein weiterer Kommentar erübrigt.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klinge, 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5, sämtlich in Siegen.

Ausschneiden! **Ausfüllen!**
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Mai und Juni die Wochenzeitung

„Der Beobachter“

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Postkoffer abholen.

(Bitte Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

Feldmann-Werke
 Fernsprecher 1442.
 Telephon 1442.
 Loest
 Konzernfirmen Berlin, Dortmund,
 Hamm, Siegen, Amsterdam, Holland

Reparatur - Werkstätte

für Automobile
 Bereifungen
 Magnete und Vergaser
 Gummi- und Ersatzteil - Lager.

Feldmann-Werke Siegen

Fernruf 123.

Oststraße 1/3.

Metalle jeder Art

Eisenschrott

in jeder Form

Rohprodukte

kauft en gros

127

Hermann Bruch

Fernsprech-Nr. 1304 Siegen i. W. Fernsprech-Nr. 1304

Lager: Gorderstraße 5,
 Büro: Sandstraße 58.

Kohlenwirtschaftsstelle Siegen

Organ des Reichskohlenkommissars

Jahnstrasse 18

Fernsprecher Nr. 1442.
 Dienststunden von 8-5 U.

28 Schreibtische

in Eiche, Nuss, Kiefer und Eichen,
 Schreibmaschinentisch, Schreibtische,
 Kessel, Kisten, Ständer auf Lager.

Jacob Müller :: Siegen

Fernruf 755.

128

Empfehle mich im

Waschen u. Bügeln

In allen vorkommenden Arbeiten als wie in Herren-Stärken und Leibwäsche. Sämtliche Aufträge werden innerhalb 1. Tages prompt erledigt.

J. Nisch, Unterhainweg 18.

Automobile

alle Typen

Vergaser, Magnete, auch einzelne Teile

Zündkerzen

neu und gebraucht - kaufen ständig

Gebr. Lottes

Autowerkstätte
 Siegen.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Herren-, Damen- und Kinderstiefel

Anfertigung nach Maß.

Reparaturen werden sauber ausgeführt.

W. Schmidt Nachfolger

Inh. Karl Weisser
 Siegen, Kirchweg 3.
 Telefon Nr. 1002.

Teppiche

kleine u. große, reinigt u. färbt
Färberei Möller.

Waldbrunn 1410

Neu aufgenommen:

Lebens - Versicherung ohne ärztliche Untersuchung

von M. 300 aufwärts bis M. 50.000 auf das Leben einer Person für gesunde

Männer

Frauen

Kinder

Die Versicherung bietet alle Vorteile einer vollwertigen Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung

Niedrige Prämien. Vorteilhaft. Gewinnbeteiligung. Günstige Versicherungsbedingungen.

NORDSTERN

Lebens-Versicherungs-
 :: Actien-Gesellschaft ::

Berlin-Schöneberg, Nordsternplatz

Auskünfte u. Aufnahme-Formulare kostenfrei durch die Direktion u. die Hauptgeschäftsstelle

Heinr. Aufschbach, General-Vertreter, WEIDENAU-SIEG.

Mitarbeiter aus allen Berufs- u. Gesellschaftskreisen unter vorteilh. Bedingungen gesucht.

Deutsche Volkspartei

Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**

Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.

Sämtliche Reparaturen

an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären Motoren und Bereifungen

werden übernommen unter schnellster Ausführung und billiger Berechnung. Auch werden auswärtige Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch Personensammlern übernommen.

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk - Büttanier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11.

Fernsprecher 1308.

Zu Abküssen von Lebens- und Renten-Versicherungen Versicherung gegen Feuer, Einbruch, Diebstahl und Verabreichungsschäden, Einzel- und Kollektiv-Unfall, Haftpflicht- und Automobil-Versicherungen, Transport- und Reise-Versicherungen, Maschinenbruch sowie sämtliche andere Versicherungsarten empfiehlt sich

Friedrich Schwanitz,

Haupt-Agentur exp. d. Gesellschaften
 Markburger Tor 22. - Fernsprecher 564.